

# ÖKOSTEUERNEWS 18 – MÄRZ 2003

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

### FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

#### GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>  
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000).

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung  
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

---

### Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL .....	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND .....	3
3.	ÖSR-DISKUSSION INTERNATIONAL .....	6
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER .....	8
5.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE .....	9
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND .....	10
7.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL.....	14
8.	BUCHBESPRECHUNG: „DIE STANDORTLÜGE - ABRECHNUNG MIT EINEM MYTHOS“ .....	17
9.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	19
10.	JOBS.....	19
11.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	20
12.	VERANSTALTUNGEN.....	21
13.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	23

---

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde und Mitglieder des FÖS,  
unser diesjähriger Sitzungsmarathon kann unter jedem Gesichtspunkt als Erfolg bezeichnet werden. Sowohl

was die Breite und Vielfalt der Teilnehmer angeht, als auch die inhaltlichen Ergebnisse. Perfekte Organisation seitens der FÖS-GeschäftsführerIn und unserer PraktikantInnen und nicht zuletzt prächtiges Wetter sorgten für rundum gute Stimmung. Der Klimagott scheint unsere Arbeit für den Klimaschutz zu schätzen. Alles Weitere entnehmen Sie bitte unserer Presseerklärung und dem Kurzbericht.

Allen, die zum Gelingen der beiden Tage beigetragen habe, dankt ganz herzlich

Ihr Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS

## **BEIRATSSITZUNG UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES FÖS AM 21. UND 22. MÄRZ IN MÜNCHEN: PRESSEERKLÄRUNG UND KURZBERICHT**

### ***FÖS auf europäischem Kurs: Erfolge in Deutschland und Europa***

*[Der erste Teil dieses Dokuments richtet sich an alle Interessenten, soll aber durch die Formulierung als Presseerklärung insbesondere Journalisten Anregungen für ihre Berichterstattung liefern. Der zweite Teil ist als vertiefter Kurzbericht für Mitglieder, Freunde und Interessenten gedacht.]*

#### **Presseerklärung: Zuspruch von Prof. Walter, Rückenwind aus Brüssel**

Auf der Mitgliederversammlung des Münchner Fördervereins Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) sprach sich der Chefvolkswirt der Deutschen Bank für Kontinuität bei der Ökosteuer aus. „Ingenieure und Investoren, Unternehmen und Verbraucher sollen und müssen sich auf weiterhin steigende Energiepreise einstellen“ – so Prof. Dr. Norbert Walter in seinem Festvortrag. An diesem Prinzip solle die Politik unabhängig von den Schwankungen der Rohölpreise festhalten, um klare und verlässliche Preissignale zu geben.

Rückenwind aus Brüssel erhielt der Verein pünktlich zu seinem jährlichen Treffen. Nach über 11 Jahren zäher Verhandlungen einigten sich die Finanzminister der EU endlich auf eine Richtlinie für EU-weite Mindestbeträge bei der Besteuerung von Benzin und Diesel, Erdgas, Kohle und Strom.

„De facto bedeutet das die Ausdehnung der Ökologischen Steuerreform auf insgesamt zunächst 25 europäische Staaten, denn die Festlegungen gelten ab 2004 auch für die Beitrittsländer“ – so Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS. Das Gerede von einem Alleingang Deutschland sei schon immer Unsinn gewesen und werde nun endgültig widerlegt.

Schon ab 2004 bedeutet die neue Regelung konkrete Entlastungen für Deutschland. Billigtankfahrten in einige Nachbarländer lohnen sich dann weniger, denn Luxemburg, Belgien, Österreich, Tschechische Republik und Polen müssen ihre heute noch sehr niedrigen Treibstoffsteuern erhöhen.

Wichtigste Forderung des FÖS an die deutsche Politik ist eine Fortentwicklung der deutschen Ökosteuererlasse bereits zum 1.1.2004. Die Ökologische Steuerreform ist ein zentrales Instrument, um die Klimaschutzziele Deutschlands zu erreichen. Weder dürfe es zum einem Fadenabriss kommen, noch sei es möglich, angesichts der immensen Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung auf den Finanzbeitrag der Ökosteuer zu verzichten. Die von einigen Politikern erwogene Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre sowohl für die Umwelt wie für den Arbeitsmarkt destruktiv und wird vom FÖS abgelehnt. Zwar ist eine Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern richtig, aber es gilt der Grundsatz: Das Bessere – die Energiebesteuerung – ist des Guten Feind.

Den Krieg im Irak wertete die Mitgliederversammlung als zusätzliches Argument für eine Politik der beharrlichen Energieeinsparung, die die Abhängigkeit von Rohölimporten verringert. „Das Recht auf fortgesetzte Energieverschwendung wäre ein miserabler Kriegsgrund“ – so Vorstandsmitglied Kai Schlegelmilch.

#### **Weitere wichtige Erfolge**

Unser jährliches Treffen kann in mehr als einer Hinsicht als ein Erfolg bezeichnet werden. Hier in Kürze die wichtigsten „Highlights“.

- In einem Treffen mit der Münchner Louisoder-Stiftung besprachen FÖS-Vorstandsmitglieder Inhalte und Verfahren für eine gemeinsame Studie beider Institutionen zum Thema „Ökologische Finanzreform in der Landwirtschaft“.

- Bei einer Redaktionskonferenz unseres europäischen Newsletters GreenBudgetNews wurden Inhalte und Formate der nächsten Nummern festgelegt. Vertreten waren Zoltan Szabo und Erzsébet Beliczay von der Clean Air Action Group Ungarn, Herbert Greisberger von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik und Søren Dyck-Madsen vom Danish Ecological Council.
- An der Beiratssitzung nahmen nicht nur die europäischen Kooperationspartner von GreenBudgetNews teil, sondern auch Gäste wie etwa der Münchner Umweltreferent Joachim Lorenz. Ehrengast war der ehemalige Umweltminister der Tschechischen Republik, Martin Bursik.
- Im formalen Teil der Mitgliederversammlung wurden das Budget verabschiedet, der Vorstand entlastet und zwei Vorstandsmitglieder gewählt: Kai Schlegelmilch, der wieder kandidierte, und Matthias Seiche als neues Vorstandsmitglied. Matthias Seiche ist nach Studium der Volkswirtschaft und der Philosophie als Referent beim BUND für Wirtschaft/Ökosteuer zuständig. Beide wurden einstimmig gewählt (bei eigener Enthaltung). Dem ausscheidenden Vorstandsmitglied Gunther Willeitner sprachen Vorstand und alle Teilnehmer ihren Dank für seine engagierte Arbeit aus.
- Im politischen-strategischen Teil der MV eröffnete Prof. Walter die Diskussion mit einem Referat, das sich kritisch mit der problematischen Verbindung zwischen Ökosteuer und Sozialversicherung befasste, zugleich aber zu konsequentem Festhalten an der Strategie kontinuierlicher Verteuerung durch Besteuerung ermutigte. Hans-Joachim Ritter stellte die Stiftung für Ökologie und Demokratie und die von ihr geplante Veranstaltung am 12. September 2003 in Berlin vor (in Zusammenarbeit mit dem FÖS, Gastgeber ist das Umweltbundesamt). Kai Schlegelmilch berichtete über Hintergründe der Brüssel Einigung zur EU-Ökosteuerdirektive und legte Vorschläge für die Fortentwicklung der Ökosteuer in Deutschland vor. Georg Riegel stellte Dezem vor, eine junge GmbH, die sich zum Ziel setzt, radikale Transparenz in dezentralen Energieflüssen zu schaffen.
- Von den Teilnehmern der Diskussion wurden insbesondere eine umfassende Ressourcenbesteuerung und Zweckbindung der Ökosteureinnahmen diskutiert.



Auf der abschließenden Sitzung des neu gewählten Vorstands wurde das Arbeitsprogramm für 2003 verabschiedet. Schwerpunkte sind das Herantreten an die konservativen Eliten und die SPD-Spitze, die Diskussion der Aufkommensverwendung und des Subventionsabbaus, sowie ein Intensivieren der Pressezusammenarbeit.

Rede-Manuskript von Prof. Norbert Walter: [http://www.foes-ev.de/downloads/Walter\\_FOES\\_2003.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/Walter_FOES_2003.pdf)

Protokoll der Mitgliederversammlung: <http://www.foes-ev.de/downloads/ProtokollMV2003.pdf>

Fotos von der Mitgliederversammlung (von unserem Mitglied Norbert Lang): <http://photos.msn.de> (bitte Anmelden mit [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de), Kennwort: steuern, → Meine Fotos anzeigen)

Präsentation der Geschäftsführung und des Vorstands: <http://www.foes-ev.de/downloads/FOES-BR-MV2003.ppt>

## 2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

### *Finanzministerin: Positive Effekte durch Ökosteuer*

(Berliner Zeitung, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/brandenburg/225727.html>, 10.03.2003) Trotz der Verteuerung von Kraftstoff durch die 1999 eingeführte Ökosteuer sind die finanziellen Aufwendungen der Landesregierung nicht angestiegen. Die Ökosteuer habe erhebliche positive Effekte gebracht, erklärte Finanzministerin Dagmar Ziegler (SPD) in Potsdam. Viele Fahrzeuge besäßen inzwischen Diesel- statt Benzinmotoren, was die Kosten sogar gesenkt habe. So habe die Ökosteuer 2002 im Bereich des Innenministerium mit seinem Polizei-Fuhrpark zwar Zusatzkosten von 607 000 Euro verursacht. Dank der Umrüstung auf Diesel habe man letztlich aber 329 000 Euro eingespart.

### ***Weniger Mineralöl 2002 versteuert, aber höheres Steueraufkommen***

(Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 05.03.2003) Im Jahr 2002 wurde weniger Mineralöl versteuert als 2001: Die Menge des versteuerten Benzins verringerte sich um 3,3% auf 36,6 Mrd. Liter, gleichzeitig wurden 33,8 Mrd. Liter Diesel versteuert, 1,2% weniger als 2001. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, ist auch die Menge an versteuertem leichtem Heizöl um 12,6% auf 31,1 Mrd. Liter und die Menge des versteuerten Erdgases zum Verheizen um 2,5% auf 817,4 Mill. Megawattstunden gesunken.

Die Erhöhung der Mineralölsteuer für Benzin und Diesel durch die ökologische Steuerreform führte trotz der gesunkenen versteuerten Mengen zu einem höheren Steueraufkommen.

Das kassenmäßige Steueraufkommen der Mineralölsteuer stieg von 40,7 Mrd. Euro im Jahr 2001 auf 42,2 Mrd. Euro in 2002 (+ 3,7%). Die wichtigsten Steuerquellen waren Benzin mit 22,8 Mrd. Euro (+ 1,7%) und Dieselkraftstoffe mit 14,9 Mrd. Euro (+ 6,2%). Bei leichtem Heizöl und Erdgas zum Verheizen blieben die Steuersätze zum Jahreswechsel 2001/2002 konstant. Der Rückgang bei den versteuerten Mengen wirkte sich hier unmittelbar auf das Steuersoll (Steuerwert der versteuerten Mengen) aus. Die Besteuerung von Erdgas zum Verheizen war dabei mit 2,8 Mrd. Euro (- 2,6%) ergiebiger als die Steuer auf leichtes Heizöl mit 1,9 Mrd. Euro (- 12,6%).

### ***Bundesverfassungsgericht verhandelt noch 2003 über Ökosteuer***

(<http://de.news.yahoo.com/030228/71/3bhkv.html>, 28.02.2003) Fast vier Jahre nach ihrer Einführung beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht noch 2003 mit der Ökosteuer. "Wir beabsichtigen, dieses Jahr in der Sache mündlich zu verhandeln", kündigte der Präsident des Verfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, am Donnerstagabend in Karlsruhe an. Dem Gericht liegen Verfassungsbeschwerden gegen zwei verschiedene Aspekte des Reformprojekts vor. Private Kühlhausbetreiber haben gegen die Stromsteuer geklagt, mehrere Speditionen wenden sich gegen die Erhöhung der Mineralölsteuer.

### ***Ökosteuer – ein Exportschlager! Sitzung der deutsch-tschechischen Umweltkommission***

(BMU Pressedienst, 06.03.2003) Deutschland und Tschechien verstärken ihre Zusammenarbeit im Umweltschutz. Simone Probst, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und der tschechische Vizeumweltminister Tomas Novotny vereinbarten heute in Prag neue Aktivitäten zur Verbesserung der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes.

Auf tschechischen Wunsch wird Deutschland die Erfahrungen aus der Einführung des Erneuerbaren Energiegesetzes und der ökologischen Steuerreform an den tschechischen Nachbarn weitergeben. Gemeinsam sollen auch Klimaschutzprojekte zur Verminderung der Treibhausgasbelastung und zur Umsetzung des Protokolls von Kyoto auf den Weg gebracht werden.

Ein Schwerpunkt der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit bleibt auch künftig die Luftreinhaltung im Erzgebirge. "Den Bürgern der Grenzregion sind die zeitweise hohen Geruchs- und Benzolbelastungen nicht länger zumutbar. Um hier zu spürbaren Fortschritten zu kommen, ist die kooperative Zusammenarbeit der tschechischen Chemie-Unternehmen im Raum Litvinov-Zalusi mit den zuständigen Behörden erforderlich", sagte Simone Probst. Das gemeinsame "Aktionsprogramm Erzgebirge/Fichtelgebirge" biete hierfür eine exzellente Grundlage.

Deutschland beteiligt sich darüber hinaus aktiv am EU-Programm zur Stärkung der Verwaltungskapazitäten, um die zügige Umsetzung des inzwischen an EU-Vorgaben angepassten tschechischen Umweltrechts zu unterstützen. Gegenwärtig arbeiten schon 70 Experten aus der deutschen Umweltverwaltung im tschechischen Umweltministerium.

### ***Benzinpreis-Rekord - Opposition will drastischen Anstieg der Kilometerpauschale***

(Spiegel Online Newsletter, 12.03.2003) Politiker der Opposition wollen so nach eigenen Worten Autofahrer entlasten, die ihre Pkw beruflich nutzen. Zugleich nehmen sie die jüngste Preisrunde der Ölkonzerne zum Anlass, ihre Kritik an der Ökosteuer zu erneuern. Der Verkehrsexperte der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dirk Fischer, sagte der "Bild"-Zeitung, mit der Erhöhung der Kilometerpauschale müsse der Effekt der Öko-Abgabe ausgeglichen werden.

Auch der FDP-Verkehrsexperte Hans-Michael Goldmann sprach sich für eine Erhöhung der Pendlerpauscha-

le aus. "Mindestens 50 Cent wären gerechtfertigt", sagte Goldmann derselben Zeitung.

Derzeit beträgt die Entfernungspauschale für die einfache Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsplatz 36 Cent für die ersten zehn Kilometer. Für jeden weiteren Kilometer können 40 Cent angesetzt werden.

Am Montag hatte der Mineralölkonzern BP seine Preise für alle Treibstoffsorten um je drei Cent pro Liter angehoben. Wichtige Konkurrenten wie Shell und Esso waren am Dienstag nachgezogen. Die Benzinpreise haben damit in Deutschland einen historischen Höchststand erreicht.

### ***Umweltminister Trittin warnt vor Nachteilen für die Bahn***

(Berliner Zeitung, <http://www.berlinonline.de/archive/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0308/politik/0290/index.html>, 08.03.2003) Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat sich anlässlich der Eröffnung der internationalen Tourismusbörse ITB am Freitag in Berlin besorgt über den Boom so genannter Billig-Flieger gezeigt. "Wenn die Anbieter die ökologischen Kosten ihrer Flüge bezahlen müssten, könnten sie solche Dumpingpreise nicht machen", sagte Trittin der Berliner Zeitung. Durch Billig-Airlines entstehe ein Anreiz für Flugreisen, die man sonst eher nicht machen würde. "Für die Umwelt ist das sicher kein Vorteil", betonte der Grünen-Politiker. Der internationale Flugverkehr ist weltweit eine der am schnellsten wachsenden Quellen von klimaschädigenden Treibhausgasen.

Trittin warnte vor negativen Folgen für die Bahn, sollte der aktuelle Trend zum günstigen Fliegen anhalten. Gegenwärtig finde eine Verlagerung des Verkehrs von der Schiene in die Luft statt, was für die umweltfreundliche Bahn ein Problem sei, sagte der Minister. Er kündigte an, dass die Regierung mit dem Abbau von Steuersubventionen für den Flugverkehr diesem Trend entgegenwirken wolle. So werde man die völlige Mehrwertsteuerbefreiung für Flüge in andere EU-Länder aufheben. Auf europäischer Ebene werde man sich für eine einheitliche Besteuerung von Kerosin stark machen, um Wettbewerbsnachteile für die Bahn zu kompensieren.

Der Minister warb zugleich für einen umweltschonenden Tourismus. Zusammen mit ADAC, Umweltorganisationen und dem Hotel- und Gaststättenverband habe man die Dachmarke "Viabono" für nachhaltiges Reisen gegründet.

### ***Stolpe: Einnahmen von 3,5 Milliarden Euro pro Jahr durch LKW-Maut***

(Berliner Zeitung, <http://www.berlin.de/archive/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0227/wirtschaft/0047/index.html>, 27.02.2003) Auf deutschen Autobahnen soll ab 31. August eine Lkw-Maut von durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer eingeführt werden. Das Bundeskabinett billigte am Mittwoch trotz Kritik der EU-Kommission eine entsprechende Verordnung über die Mauthöhe. Der Bundesrat muss dem Vorhaben noch zustimmen [...].

Die Bundesregierung erwartet sich von der Maut jährliche Einnahmen von rund 3,5 Milliarden Euro. Davon fließen 800 Millionen Euro an die Bundeskasse, 650 Millionen an den Maut-Betreiber Toll Collect. 300 Millionen Euro sind als Kompensation für das Speditionsgewerbe vorgesehen. Mit dem übrigen Geld soll der Ausbau von Wasser- und Schienenwegen sowie von Straßen vorangetrieben werden.

Stolpe rechnet damit, dass durch die Einführung der Lkw-Maut rund 1 500 neue Arbeitsplätze entstehen. Ein Großteil davon sei mit der Kontrolle der Lastwagen auf den Autobahnen beschäftigt. Dazu kämen rund 500 bei dem Betreiber des Erfassungssystems. Der Chef der Betreibergesellschaft Toll Collect, Michael Rummel, rechnet sogar mit 600 Jobs in seinem Unternehmen. Die Vorbereitungen für die Maut-Erfassung seien im Zeitplan. Zurzeit würden die Kontrollbrücken an den Autobahnen installiert, die Fertigung der Endgeräte für die Lastwagen laufe ebenso an wie die der Geräte für die manuelle Einbuchung. Im April beginne bereits eine erste Erprobungsphase in der Praxis. Das Maut-Erfassungssystem basiert auf Mobilfunk und Satellitenortung.

### ***Müssen Wettbewerbsnachteile für deutsche Tankstellen gemildert werden?***

(Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/6394, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 18. Juni 2001 eingegangenen Antworten der Bundesregierung - Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie)



**8. Abgeordneter Thomas Dörflinger (CDU/CSU):**

Ist die Bundesregierung bereit, die Wettbewerbsnachteile für Pächter von Tankstellen im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet in einer ähnlichen Weise zu mildern, wie dies die Niederlande 1997 bei der Europäischen Kommission für 183 grenznahe Tankstellen beantragt und auch genehmigt erhalten haben oder wie dies die Region Lombardei (Italien) für grenznahe Tankstellen seit dem 1. Juli 2000 mittels Rabattsystem vornimmt, wie die Neue Zürcher Zeitung in ihrer Ausgabe Nr. 5 vom 8. Januar 2001 berichtet?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Margareta Wolf vom 15. Juni 2001:**

Die Tankstellenpreise in der Schweiz lagen im Durchschnitt der letzten Monate für Superbenzin rund 25 Pf/l niedriger, die Dieselpreise dagegen rund 17 Pf/l höher als in Deutschland. Gegenüber Luxemburg, Österreich, Polen und der Tschechischen Republik ist das Preisgefälle sowohl bei Benzin als auch bei Diesel meist noch deutlich stärker als bei Benzin gegenüber der Schweiz.

Wesentliche Ursache sind unterschiedliche Mineralölsteuersätze. Hilfen für grenznahe Tankstellen würden, wegen des in der Fläche relativ dichten deutschen Tankstellennetzes und mangels objektiver Abgrenzungsmöglichkeit, die Wettbewerbsverzerrungen lediglich weiter ins Inland verschieben und zu weiteren Forderungen von Tankstellenpächtern führen. Die Pächter haben in der Regel keinen Einfluss auf die Höhe der Kraftstoffpreise, von denen ihre Erträge aus Kraftstoff-, Shopumsatz und Service maßgeblich abhängen. Die häufigen unterschiedlichen Preisbewegungen und deren standortabhängig unterschiedlichen Auswirkungen müssten in jedem Einzelfall nachgewiesen und geprüft werden. Auf Pächter und zuständige Behörden käme ein enormer Verwaltungsaufwand zu.

Die EU-Kommission hat den im Jahre 1997 von den Niederlanden für 633 grenznahe Tankstellen beantragten befristeten Verlustausgleich für den größten Teil wegen Unvereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt abgelehnt. Die Ablehnung betraf vor allem jene Tankstellen, bei denen Mineralölgesellschaften die Preisshoheit ausüben oder durch Vertragsklauseln Einfluss auf den Preis nehmen können. Nach den Erfahrungen in den Niederlanden ist auf diesem Wege für den überwiegenden Teil der deutschen Tankstellen keine Lösung des Problems zu erwarten. Eine bessere Harmonisierung der Mineralölsteuern in der Europäischen Union würde dagegen nicht nur die Probleme vieler Tankstellenbetreiber lösen, sondern auch Benachteiligungen zahlreicher anderer Unternehmen vermeiden. Die Bundesregierung wird sich deshalb weiterhin nachdrücklich für eine weitergehende europäische Harmonisierung der Mineralölsteuern einsetzen.

### 3. ÖSR-DISKUSSION INTERNATIONAL

***ECOFIN: Einigung über EU-Energiesteuer-Harmonisierung***

(Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 21.03.03) Die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister gaben ihr politisches Einverständnis zu der vorgeschlagenen Richtlinie für ein gemeinsames Regelwerk zur Besteuerung von Energie, nachdem Österreich seinen Vorbehalt zurückgenommen hatte. Die neue Richtlinie soll das Funktionieren des europäischen Binnenmarkts verbessern und die Umweltziele der EU mit denen des Kyoto-Protokolls auf eine Linie bringen. Mehr auf englisch:

**Results of meeting of Economics and Finance Ministers, Brussels, 20<sup>th</sup> March 2003 – Taxation**

European Commissioner for Taxation Frits Bolkestein commented "I am delighted that the Council has at last been able to agree this important proposal for minimum tax levels of all competing sources of energy. This Directive will improve the functioning of the Internal Market and help to meet the environmental objectives of the Community and the Kyoto Protocol. Definitive adoption of this proposal must await an Opinion from the European Parliament. I would urge the Parliament to adopt a pragmatic and constructive approach to this proposal, as the Council has."

In particular, the Directive, due to enter into force from 1<sup>st</sup> January 2004, will:

- reduce distortions of competition that currently exist between Member States as a result of divergent

rates of tax

- reduce distortions of competition that currently exist between energy products as only mineral oils have been subject to Community tax legislation up to now and not coal, natural gas or electricity
- increase the incentive to use energy more efficiently (so as to reduce dependency on imported energy and cut carbon dioxide emissions)
- allow Member States to offer companies tax incentives in return for specific undertakings to reduce emissions.

Although there are a number of derogations and transitional periods before some elements of the Directive would come into force, the adoption of the Directive nevertheless marks a major step forward because it represents a major upgrade in terms of more realistic minimum rates and wider scope.

Before the Directive can be formally adopted by the Council, it must be submitted to the European Parliament for an Opinion, given that, since the Parliament first gave its Opinion, the proposal has been modified substantially during the course of negotiations in the Council. More informations at:

[http://europa.eu.int/news/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/news/index_de.htm)

<http://www.foes-ev.de/downloads/ErgebnisECOFIN2003.pdf>

### ***Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) begrüßt historischen Durchbruch bei Harmonisierung der Energiesteuern in EU – ein Beitrag zum Frieden und Klimaschutz.***

(FÖS, Pressemitteilung, 21.03.03) Zur Einigung der EU-Finanzminister in den frühen Morgenstunden des 21.03.2003, ab 2004 die Energiesteuern in der EU in zu harmonisieren, erklärt der Förderverein Ökologische Steuerreform:

„Zu einem besseren Zeitpunkt hätte die politische Einigung für eine stärker harmonisierte Energiebesteuerung in der EU nicht kommen können“, sagte der Vize-Vorsitzende des FÖS, Kai Schlegelmilch. „Sie ist eine Friedensdividende und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Denn sie bietet Anreize, Energie zu sparen und damit weniger Öl zu verbrauchen – ein wesentlicher Grund, warum die USA Krieg gegen den Irak führen.“

Der Beschluss ist auch ein rechtzeitiges Signal an die Beitrittsstaaten, die ihre Energiesteuern dem EU-Niveau anpassen müssen. Erfreulich ist, dass mit der Einigung eine mehr als zehn Jahre dauernde Diskussion endlich zu einem vorläufigen Abschluss gebracht werden konnte.

Die Mindestharmonisierung der EU-weiten Energiesteuern ist für Deutschland als Transitland in der Mitte Europas von großer Bedeutung, weil so der Tanktourismus insbesondere nach Polen und Tschechien eingeschränkt wird. Aber auch Nachbarstaaten wie Österreich, Belgien und Luxemburg werden ihre Dieselsteuersätze anheben müssen. Damit verbessert die Bundesregierung gerade für die zahlreichen Grenzregionen in Deutschland die Wettbewerbsbedingungen und sichert dort Arbeitsplätze.

Deutschland liegt mit den allermeisten Steuersätzen über dem jetzt vorgeschriebenen Niveau, so dass praktisch kaum Änderungen notwendig sind. Aber auf Kohle für Heizzwecke sollte jetzt eine Steuer eingeführt werden, auch wenn Ausnahmen für private Haushalte möglich sind. Zudem ist es jetzt erstmals rechtlich möglich, z.B. eine Kerosinbesteuerung auf Flüge einzuführen. Damit darf endlich eine stärkere Kostengerechtigkeit zwischen den Verkehrsträgern geschaffen werden.

Der FÖS fordert die Bundesregierung auf, diese Schritte jetzt einzuleiten. Denn die Billigflieger stellen eine unfaire Konkurrenz zum Bahnfahren dar. Flieger müssen bisher keinerlei Kerosinsteuer zahlen. Desgleichen muss jetzt der Beschluss gefasst werden, die Ökologische Steuerreform bereits ab 2004 fortzuführen, um die Umwelteffekte zu verstetigen und keine Kapitalentwertung für diejenigen zu verursachen, die in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien investiert haben.

### ***Wuppertal Institut begrüßt die Entscheidung der EU-Finanzminister, ungeachtet gravierender Unzulänglichkeiten***

(Wuppertal Institut, Pressemitteilung, 21.03.03) [...] Die schlechte Nachricht besteht in der Vielzahl von Befreiungstatbeständen und Ausnahmeregelungen bis hin zu langen Übergangsfristen, die in diesen Kompromiss eingearbeitet wurden. Elektrizität zur chemischen Reduktion und zur Elektrolyse ist ausgenommen –

und damit ein wesentlicher Teil der energieintensiven Produktion; Gartenbau- und Landwirtschaftsbetriebe können vollständig steuerbefreit werden; und für den Dieseleinsatz in LKW haben die südeuropäischen Mitgliedstaaten (einschl. Frankreich) langwierige Übergangsfristen vereinbart, bis der Steuersatz allein auf 0,33 Euro/l hochgeht – in Großbritannien liegt er bereits jetzt bei 0,7 Euro/l, in Deutschland bei 0,47 Euro/l. Ob mit solch großzügigen Ausnahmeregelungen das Klimaziel der Europäischen Union, insbesondere in Griechenland, Spanien und Portugal, noch erreichbar ist, muss nun in einem nächsten Schritt geprüft werden. Das Wuppertal Institut geht davon aus, dass in einigen Jahren andere Allianzen in der Energiesteuerpolitik und dann auch ein deutlicherer Fortschritt auf dem nun geschaffenen Fundament möglich sein werden.

### ***EU: Neues Arbeitspapier zum Rückzug der USA vom Kyoto-Protokoll***

(Glogov.org, 25.03.03) Über den Umgang mit dem Rückzug der USA vom Kyoto-Protokoll wird ein neues Arbeitspapier veröffentlicht. Darin werden mögliche Optionen für die Europäische Union geschildert, wie auf das Vorgehen der Vereinigten Staaten reagiert werden könnte. Mehr auf englisch:

#### **Release of a new working paper for the European Union to react to the US non-participation in the Kyoto Protocol**

In particular, the paper argues that it would be permissible under world trade law for the European Union to enact comprehensive border adjustments on energy taxes against the United States. Such border tax adjustments could be made, for example, when US products are imported into Europe, to adjust for the much lower energy prices in the United States. They could also take the form of special rebates on energy-intensive EU exports to the United States to adjust for the higher energy prices in Europe, in particular in those countries that have enacted ambitious energy taxation schemes to implement the Kyoto Protocol. This working paper "Implementing the Kyoto Protocol Without the United States: The Strategic Role of Energy Tax Adjustments at the Border" can

be downloaded at <http://www.glogov.org/workingpapers/index.html>

## **4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER**

### ***Die Benzinpreise steigen wieder - doch gegen steigende Mobilitätskosten können Sie etwas tun!***

(B.A.U.M Newsletter, 11.02.03) Beim "ECO-Fahrtraining" erfährt man die Grundlage einer neuen und modernen Fahrkultur: Die ECO-Fahrweise. Der Kursteilnehmer lernt dabei, gleichzeitig sechs wichtige Ziele zu erreichen:

- den Kraftstoffverbrauch dauerhaft um rund 20 % zu senken
- die Umweltschadstoffe noch überproportional mehr zu reduzieren
- den Verkehrslärm drastisch zu mindern
- die Unfallzahlen in etwa zu halbieren
- den Stress beim Fahren zu vermindern
- und dennoch zügig an sein Ziel zu kommen.

Die Eco-Fahrweise kommt somit sowohl dem Unternehmen (Verringerung der Mobilitätskosten und Ausfallzeiten/-kosten wegen Verkehrswegunfällen) als auch dem Mitarbeiter (bei Privatfahrten) und der Umwelt zugute.

Als Partner für die Durchführung der Fahrtrainings wird die Fa. Ecoconsult (B.A.U.M.-Mitglied) aus Plankstadt empfohlen. Ecoconsult hat seit 1997 in mehr als 800 Eco-Kursen rund 4500 Teilnehmer erfolgreich geschult und hat sich auf Kurse bei Unternehmen und Behörden spezialisiert.

Die Kosten für einen halbtägigen Kurs (4 Stunden) für 12 Teilnehmer mit theoretischen und fahrpraktischen Anteilen betragen 80 Euro pro Teilnehmer. Bei Buchung mehrerer Kurse sinken die Kosten pro Teilnehmer deutlich. Die Teilnahmekosten amortisieren sich bei einer vorsichtig geschätzten Kraftstoff-Einsparung von angenommen 10 % schon ab etwa 5000 km Fahrleistung. In Baden-Württemberg und Bayern gibt das Land zudem je 35 EUR Zuschuss pro Teilnehmer zu den Trainings. Die Zuschussabwicklung übernimmt Ecocon-



sult für Sie. Weitergehende Informationen (Hintergrundinfos, beispielhafter Kursablauf, organisatorische Hinweise, Referenzen) finden Sie unter <http://www.BAUMeV.de>

B.A.U.M. Hannover, A Sternstraße 16, 30167 Hannover, Tel 0511/1650021 Fax 0511/7100583  
[mailto: B.A.U.M.Hannover@t-online.de](mailto:B.A.U.M.Hannover@t-online.de)

## 5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

### *Abbau ökologisch schädlicher Subventionen im Steuervergünstigungsabbaugesetz*

Das zurzeit im Vermittlungsausschuss behandelte Steuervergünstigungsabbaugesetz enthält zwei zentrale Punkte, die wichtige Verbesserungen für die Umwelt bringen können:

- Reduzierung der Eigenheimzulage für Neubauten auf das Niveau der Altbauförderung
- Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung für den grenzüberschreitenden Luftverkehr

Der BUND appelliert an die **Mitglieder des Vermittlungsausschusses**, diese notwendigen Schritte zu unterstützen.

Da das Steuervergünstigungsabbaugesetz bisher primär aus fiskalischer und konjunkturpolitischer Sicht diskutiert wurde, bitte ich Sie, Ihr Augenmerk verstärkt auf den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen zu lenken. Die Ziele, staatliche Subventionen abzubauen und die Umwelt zu schonen, genießen in Deutschland parteiübergreifenden Konsens. Der BUND erwartet daher, dass der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen im Laufe des Vermittlungsverfahrens nicht zum Opfer der parteipolitischen Auseinandersetzung wird.

Unsere Argumente im Einzelnen:

#### 1. Eigenheimzulage

Die bisherige Ausgestaltung der Eigenheimzulage ist vor allem wegen der Privilegierung des Neubaus umweltschädlich. Sie begünstigt den Neubau auf der grünen Wiese und die weitere Zersiedelung der Landschaft. Bereits heute werden mehr als 12 Prozent der Fläche Deutschlands für Verkehr und Wohnen in Anspruch genommen. Täglich werden es alleine durch den Wohnungsbau 50 Hektar mehr. Die Abwanderung aus den Städten in das Umland verursacht eine Spirale zusätzlicher Umweltprobleme: Menschen, die den Städten auf der Suche nach einer „Oase der Ruhe“ entfliehen, verursachen anschließend auf dem Weg zur Arbeit mehr Verkehr und mehr Lärm. Um diese Spirale zu stoppen, müssen auch die steuerlichen Anreize für den Neubau reduziert werden.

Die Bauwirtschaft verteidigt die Eigenheimzulage mit konjunkturellen Argumenten: Die Reduzierung der Zulage würde die Arbeitslosigkeit in der ohnehin krisengeschüttelten Branche weiter nach oben treiben. Dem kann aber mit einer weiteren Verstärkung der Förderung für die Altbausanierung wirksam begegnet werden: Die Altbausanierung ist dem Neubau sowohl ökologisch als auch im Hinblick auf positive Arbeitsmarkteffekte deutlich überlegen. Für eine vom BUND geforderte staatliche Anschubförderung zur wärmetechnischen Sanierung von vier Millionen Wohnungen bis 2010 wäre nur ein Teil der durch die Reduzierung der Eigenheimzulage freiwerdenden Mittel notwendig. Gleichwohl könnten 160.000 Arbeitsplätze im Baugewerbe dauerhaft gesichert werden.

#### 2. Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr

Der Luftverkehr wird durch die vollständige Befreiung von der Mineralölsteuer und die Befreiung von der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Personen-Luftverkehr doppelt gegenüber Bahn und Bus begünstigt. Angesichts der gravierenden ökologischen Folgen des Flugverkehrs ist diese Begünstigung nicht gerechtfertigt.

Der Luftverkehr ist bald „Klimakiller Nr. 1“. Bereits 1990 war der Einfluss des weltweiten Flugverkehrs auf die Klimaerwärmung so hoch wie der der gesamten Lkw-Flotte. Bis zum Jahr 2015 ist mit einer weiteren Verdoppelung des Flugverkehrs zu rechnen. An diesen Trends ändert auch die kurzfristige Stagnation nach dem 11. September 2001 und zurzeit im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg nichts. Al-

lenfalls könnte darüber nachgedacht werden, die Steuerpflicht nicht schon dieses Jahr, sondern erst im Jahr 2004 greifen zu lassen.

Die Bemühungen zur steuerlichen Gleichstellung der Verkehrsträger – insbesondere durch Einführung einer Kerosinsteuer oder emissionsbezogener Landegebühren – sind bisher auf internationaler Ebene blockiert worden. Die Mehrwertsteuerbefreiung für die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Luftverkehr kann dagegen auch im nationalen Vorausklang im Einklang mit der EU-Umsatzsteuerrichtlinie aufgehoben werden.

Häufig vorgebrachte Einwände sind aus Sicht des BUND nicht stichhaltig: Die Besteuerung beeinflusst die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fluggesellschaften und Flughäfen nicht. Sie trifft alle Fluggesellschaften, die Flüge von und nach Deutschland anbieten, gleich in welchem Land die Gesellschaft ihren Sitz hat. Besteuert wird der inländische Streckenanteil in beide Richtungen von und nach Deutschland.

Die Erhebung der Mehrwertsteuer ist steuertechnisch nicht zu kompliziert, denn für die Besteuerung können die üblichen Flugstrecken zugrunde gelegt werden. Die Abweichungen der tatsächlichen Flüge sind gering.

Der BUND fordert ein umfassendes Programm zum Abbau und zur umweltverträglichen Umgestaltung von Subventionen im Verkehrs-, Energie-, Agrar- und Wohnungsbereich. Als ersten Schritt für ein solches Programm bitte ich Sie, der Reduzierung der Eigenheimzulage für Neubauten und der Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung für den internationalen Luftverkehr im Vermittlungsausschuss zuzustimmen.

## 6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

### ***Trittin: "Einstieg in ökologische Mobilität"***

(BMU-Pressedienst, 20.03.03) Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat den neuen Bundesverkehrswegeplan als "guten Ausgangspunkt für den Einstieg in eine umweltgerechte Mobilität in Deutschland" bezeichnet. Erstmals sei es gelungen, ökologische Konflikte bereits in der Erstellungsphase des Bundesverkehrswegeplans zu ermitteln und größtenteils zu entschärfen. "Wer heute Straßen und andere Verkehrswege plant, der bestimmt damit auch die Umweltauswirkungen des Verkehrs in der Zukunft. Nachhaltigkeitsziele müssen also frühzeitig bedacht werden. Dies ist uns stärker gelungen als jemals zuvor", sagte Trittin.

Von den fast 2.000 eingereichten Verkehrsprojekten der Bundesländer wurde zunächst etwa ein Drittel als ökologisch problematisch eingeschätzt. In rund 300 Fällen konnten die Konflikte mit Umwelt- und Naturschutz und bereits in dieser Phase durch Verzicht auf umweltschädigende Projekte oder durch Umplanungen ausgeräumt werden.

Übrig geblieben sind rund 100 problembelastete Vorhaben, die in einer besonderen Liste erfasst werden. Im Gegensatz zur früheren Praxis werden sie nicht automatisch als vordringlicher Bedarf definiert. "Ob diese Projekte künftig zum vordringlichen Bedarf und damit realisierbar werden, hängt davon ab, ob die mit ihnen verbundenen ökologischen Probleme befriedigend gelöst werden können", sagte Trittin.

Dies werde für jedes einzelne Projekt geprüft; die Ergebnisse werden jeweils dem Deutschen Bundestag und seinen Ausschüssen vorgelegt, der dann erst über den Ausbaubedarf entscheidet. "Damit ist künftig ein kontinuierlicher Planungsprozess eingeleitet, über dessen Verwirklichung das Parlament einzelfallgerecht entscheiden wird", so Trittin. Von besonderer umweltpolitischer Bedeutung ist die Verteilung der Investitionsmittel auf die verschiedenen Verkehrsträger. "Es muss zukünftig gleichwertig in Schienen- und Straßenverkehrsprojekte investiert werden", sagte der Bundesumweltminister.

Weitere Informationen unter: <http://www.bmu.de>

### ***Dosenpfand - Bundesweites Pfandsystem kommt zum 1. Oktober***

(BMU Pressedienst, 28.02.03) Zum Ergebnis der Sitzung des "Exekutivsausschuss Pfandsystem" der Wirtschaft erklärt der Sprecher des BMU, Michael Schroeren:

- Das Bundesumweltministerium begrüßt die heutige Entscheidung des "Exekutivausschusses Pfandsystem", das Verfahren zur Vergabe einer bundesweiten Pfand-Clearingstelle innerhalb der nächsten vier Wochen zu wiederholen und damit den Bedenken des Kartellamtes Rechnung zu tragen. Die in dem Exekutivausschuss vertretenen Unternehmen des Handels und der Industrie stellen damit eine entscheidende Weiche zur Erfüllung ihrer Zusage, bis zum 1. Oktober 2003 ein bundesweit einheitliches Pfandsystem zu errichten. Das bedeutet, dass spätestens ab diesem Datum Verbraucherinnen und Verbraucher das Dosenpfand überall da erstattet bekommen, wo Dosen verkauft werden.
- Um in Zukunft Rechtssicherheit bei der Abgrenzung zwischen kartellrechtlichen Vorschriften und abfallrechtlichen Verpflichtungen zu schaffen, wird das Bundesumweltministerium seinerseits eine Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes initiieren. Damit soll klargestellt werden, dass Vereinbarungen von Herstellern und Vertreibern, die zum Aufbau des Pfandsystems notwendig sind, nicht zugleich vom Kartellrecht verboten sind. Die angestrebte Rechtsänderung ist allerdings keine Voraussetzung für das pünktliche Inkrafttreten des bundesweiten Rücknahmesystems.

### ***Leitfaden für internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz***

(BMU-Pressedienst, 11.02.03) Das Bundesumweltministerium hat einen Leitfaden vorgestellt, mit dem internationale Klimaschutzprojekte ergebnisorientiert bewertet werden können. Derartige Projekte sind im Rahmen der so genannten "flexiblen Mechanismen" des Kyoto-Protokolls möglich und können von den Vertragsstaaten zur Erfüllung ihrer Klimaschutzverpflichtungen genutzt werden. Voraussetzung ist allerdings das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls, was mit der bevorstehenden Ratifizierung durch Russland voraussichtlich in diesem Jahr der Fall sein wird.

Das Kyoto-Protokoll sieht zwei Formen internationaler Zusammenarbeit beim Klimaschutz vor: "Joint Implementation" (gemeinschaftliche Umsetzung) umfasst Klimaschutzprojekte zwischen Unternehmen aus den Industrieländern, während der "Clean Development Mechanism" (CDM) umweltorientierte Entwicklungsprojekte solcher Unternehmen in Ländern des Südens bezeichnet[...].

Der Leitfaden für die klimaschutzpolitische Bewertung von JI- und CDM-Projekten in Deutschland wurde im Rahmen des vom BMU und vom Umweltbundesamt durchgeführten Forschungsvorhabens "Klimaschutzpolitische Bewertung von Projekten" entwickelt. Mit der Erarbeitung waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin und die internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Köln beauftragt.

Der Leitfaden kann im Internet unter <http://www.bmu.de> abgerufen werden.

### ***Nachwachsende Rohstoffe statt Erdöl***

(News Nachhaltigkeit, 05.03.03) Die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen schont fossile Ressourcen, leistet durch ihre weitgehende CO<sub>2</sub>-Neutralität einen Beitrag zum Klimaschutz und öffnet der Landwirtschaft neue Märkte. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMVEL) hat jetzt den Förderschwerpunkt "Bionkonversion von Nachwachsenden Rohstoffen" ins Leben gerufen, um biotechnologische Verfahren auf Basis nachwachsender Rohstoffe in großtechnischem Maßstab zu etablieren. Priorität haben dabei Verfahren, die bestehende petrochemische oder chemische Produktionsmethoden ersetzen, und Prozesse, die eine nachhaltige Produktion neuer Produkte, Materialien und Wirkstoffe ermöglichen. Beispiel dafür ist die Entwicklung oder Verbesserung von Produktionsverfahren für Enzyme, Spezialchemikalien und Biopolymere. Die Verfahrens- und Produktentwicklung soll laut BMVEL zur Nutzung einer signifikanten Menge an nachwachsenden Rohstoffen sowie zu Produkten und Verfahren mit ausreichender Marktrelevanz und Wertschöpfung führen.

### ***Immer gleiten – und Benzin sparen***

(Spiegel-online Newsletter, 06.03.2003) Die Benzinpreise erreichen Schwindel erregende Höhen, das Tanken wird zum Eurograb. Dennoch ist der Kavaliertart an der Ampel die Regel und Klimaanlage Pflicht. Dabei ist es so einfach, 20 bis 25 Prozent der Benzinkosten zu sparen.

In vielen Köpfen scheint noch nicht verankert zu sein, dass richtiger Umgang mit dem Gaspedal die Finanzen, aber auch die Umwelt schonen kann: "Wenn man die Fahrweise mancher Autofahrer sieht, könnte man

denken, der Liter würde 50 Cent kosten", sagt Maximilian Maurer, Sprecher des ADAC in München.

Dabei haben kleine Änderungen der Fahrweise schon erhebliche Auswirkungen: "Durch richtiges Fahren lassen sich 20 bis 25 Prozent an Kraftstoff einsparen. Selbst wer bereits moderat fährt, kann lernen, weitere 15 Prozent zu sparen", sagt Peter Glowalla, Vize-Vorsitzender der Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände in Berlin. Das können pro Monat bis zu 50 Euro auf der Kraftstoffrechnung ausmachen. Und der Umwelt hat man dabei auch etwas Gutes getan.

Nach Ansicht der Fachleute gibt es eine Reihe typischer Fehler, die den Verbrauch in Höhe treiben. Niedertouriges Fahren zum Beispiel schadet nach Angaben des Bundesministeriums für Umwelt (BMU) in Berlin keineswegs dem Motor, sondern spart einfach nur Sprit. Moderne Motoren ließen sich schon bei weniger als 2000 Umdrehungen hoch schalten, also bei Tempo 30 im dritten oder vierten und bei Tempo 50 bis 60 im vierten oder fünften Gang fahren.

Auch das "vorausschauende Gleiten" verbessert die Bilanz. Denn gerade das Anfahren und Beschleunigen verbraucht besonders viel Kraftstoff. Wer dagegen vorausschauend unterwegs ist, hat bessere Möglichkeiten, seinen Wagen mit konstanter Geschwindigkeit in Bewegung zu halten.

### **Schon nach 10 Sekunden Halt lohnt sich das Abschalten**

Oft sind es vermeintliche Kleinigkeiten, die helfen, den Verbrauch zu senken. So ist es nicht nötig, sich einer roten Ampel bis zur Haltelinie mit Motorkraft zu nähern. Bemerkt der Fahrer bei Tempo 50, dass eine 200 oder 300 Meter entfernte Ampel auf Rot schaltet, reicht laut VCD der Schwung, um sich der Haltelinie im Leerlauf zu nähern.

Ampeln sind auch in anderer Hinsicht Spritfresser, denn Motoren verbrauchen auch während der Wartezeit Benzin. "Das Abschalten an der Ampel kann sich schon nach etwa zehn Sekunden lohnen", so Kluge. Gerade bei kurzen Stadtfahrten sollte zudem vor dem Start überlegt werden, ob die Benutzung des Wagens wirklich sinnvoll ist.

Laut ADAC verbraucht ein Benzinmotor gerade auf den ersten Metern nach dem Anlassen übermäßig Kraftstoff - mindestens 30 Liter auf 100 Kilometern. Auch wenn die Startphase nur wenige hundert Meter lang ist, sollten Kurzstrecken daher möglichst selten absolviert werden.

Auch eine Reihe oft vernachlässigter Dinge hat Einfluss auf den Verbrauch, etwa überflüssige Ladung. Der Kofferraum sollte nicht als Lager für Zubehör oder Getränkekästen missbraucht werden. Laut ADAC kann eine Zuladung von 100 Kilogramm je nach Verkehrssituation zu einem Mehrverbrauch von bis zu 0,6 Litern auf 100 Kilometern führen. Dachboxen und -gepäckträger können den Verbrauch gar um 10 bis 50 Prozent erhöhen.

Der VCD empfiehlt, elektrische Geräte nicht unnötigerweise eingeschaltet zu lassen. Größter "Stromfresser" sei die Klimaanlage, die den Verbrauch im Stadtverkehr um bis zu 1,8 Liter erhöht. Selbst eine heizbare Heckscheibe hat Einfluss auf die Rechnung an der Tankstelle - mit bis zu 0,4 Liter auf 100 Kilometer im Stadtverkehr.

### **Das Sparen lernen**

Mittlerweile gibt es spezielle Trainings, bei denen Experten von Autoherstellern, Autoclubs oder Verbänden Tricks zum Spritsparen verraten. So bieten die Gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) in Köln zusammen mit der Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände "Die Spritsparstunde" an. "Das ist im Prinzip eine Fahrstunde und theoretischer Unterricht. Die Kosten liegen bei 60 Euro", so Glowalla. Auch der ADAC bietet Trainings an.

Das scheint sich jedoch noch nicht ausreichend herumgesprochen zu haben: "Es ist nicht gerade so, dass uns Interessenten die Geschäftsstellen einrennen", sagt Maurer. Mancher Hersteller hat ähnliche Erfahrungen gemacht. Bei DaimlerChrysler gibt es ein "Eco-Training". "Im vergangenen Jahr hatten wir nur eine Veranstaltung mit 24 Teilnehmern", sagt Sprecherin Konstanze Fiola in Berlin. Langsam scheint das Interesse am Spritsparen immerhin etwas größer zu werden. In diesem Jahr konnten bis Ende Februar immerhin zwei Veranstaltungen über die Bühne gebracht werden.

### ***Abnehmender Wettbewerb im Strommarkt - Hauptursache für steigende Stromkosten***

(ECO-News - Die grüne Presseagentur, 20.02.03) Zur Verständigung der rot-grünen Koalition über eine Härtefallregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für energieintensive Unternehmen erklärt Michaela Hustedt, energiepolitische Sprecherin:

Verschiedene energieintensive Unternehmen insbesondere im Bereich der Aluminiumindustrie sehen sich derzeit einer wirtschaftlich schwierigen Situation ausgesetzt. Als belastenden Faktor nennen sie die stark ansteigenden Energiekosten, u.a. die steigende Belastung durch die Umlage auf Erneuerbare Energien. Vor diesem Hintergrund fordern sie eine Kostendeckelung der EEG-Umlage für energieintensive Industrien. Wir nehmen das Anliegen der Unternehmen sehr ernst und arbeiten intensiv daran, für die betroffenen Betriebe zügig eine akzeptable Lösung zu finden, die ihnen nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristige hilft. Die Zuspitzung der Debatte auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist aus unserer Sicht allerdings falsch und inakzeptabel.

Die eigentliche Ursache für steigende Energiekosten liegt in der nachlassenden Wettbewerbsintensität im deutschen Strom- und Gasmarkt. Die großen Energieversorgungsunternehmen haben dadurch im vergangenen Jahr ihre Betriebsgewinne im Stromgeschäft auf zum Teil über 50 Prozent steigern können. Unter anderem wurden durch überhöhte Netznutzungsentgelte oder Regelenergiepreise satte Monopolgewinne kassiert. Diese Entwicklung geht auf Kosten von Haushalten, mittelständischen Unternehmen und nicht zuletzt zu Lasten der stromintensiven Industrieunternehmen.

Für stark ansteigende Strompreise ist das EEG in einem nur sehr geringen Umfang verantwortlich zu machen. Unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung von Wettbewerbsverzerrungen und Umweltkosten ergeben sich sogar volkswirtschaftlich positive Effekte aus diesem Gesetz.

In ein Paket zur Entlastung der Aluminiumindustrie gehören deshalb an erster Stelle Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbes. Der Staat muss Schiedsrichter für faire Wettbewerbsbedingungen werden. Dazu gehört eine Wettbewerbsbehörde zur Kontrolle der Netznutzungsentgelte und für einen unbürokratischen Zugang zu Strom und Gasnetzen sowie die Einführung von Wettbewerb für Regelenergie. Einige Stromkonzerne kassieren zudem wesentlich überhöhte EEG-Umlagen. Im EEG muss deshalb mehr Transparenz und ein akzeptierter Umlagesatz pro Kilowattstunde festgelegt werden. Dadurch reduzieren sich die Kosten für Verbraucher und Industrie.

Wird eine Begrenzung der Belastung von Unternehmen notwendig, werden wir uns auch im Rahmen der EEG-Novelle um eine schnelle Lösung bemühen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz darf in seiner Substanz keinesfalls gefährdet werden. Alle verfassungs- und EU-rechtlichen Bedenken müssen vorher ausgeräumt werden.

Zudem ist eine Regelung auf die Unternehmen zu begrenzen, die nachweislich existentiell betroffen sind. Eine pauschale Ausnahmeregelung für die Industrie, die andere Verbraucher unzulässig belastet, wird es nicht geben.

Weitere Informationen unter <http://www.gruene.de>.

### ***Deutschland gehört weltweit zur Spitze bei der Entwicklung von Solarkraftwerken***

(BMU – Pressedienst, 20.03.03) Deutsche Forschungsinstitute und Firmen gehören weltweit zur Spitze bei der Entwicklung von solarthermischen Kraftwerken. Dazu hat das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung mit seinen Forschungsvorhaben im Umfang von 10 Millionen Euro beigetragen. Zum Stand dieser Projekte im Bereich der solarthermischen Stromerzeugung veranstaltet das Bundesumweltministerium gemeinsam mit der KfW-Bankengruppe am Freitag, den 21. März in Berlin eine Fachkonferenz.

In solarthermischen Anlagen werden Spiegelsysteme eingesetzt, die das Sonnenlicht bündeln und aus der entstehenden Wärme Strom erzeugen. Für den wirtschaftlichen Betrieb dieser Anlagen kommen als Standorte vor allem die sonnenscheinreichen Regionen der Erde südlich des 40. Breitengrades in Frage.

Im Rahmen der Fachtagung sollen die bisher im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms erreichten Ergebnisse der Forschungsvorhaben diskutiert werden. Dabei geht es um Projekte wie das europäische Parabolrinnenkraftwerk, neue Solarturmkonzepte sowie kleinere Anlagen, die für eine dezentrale Energieversorgung in Frage kommen. Darüber hinaus sollen Finanzierungskonzepte für Sonnenkraftwerke vorgestellt und Mög-



lichkeiten für die Einbindung in den Emissionshandel erörtert werden.

Nach Auffassung des Bundesumweltministeriums kommt es nun darauf an, diese Anlagen zur umweltfreundlichen Stromerzeugung in den sonnenscheinreichen Ländern des Südens zu realisieren. Das würde nicht nur den Klimaschutz voranbringen, sondern auch Arbeitsplätze schaffen. Deshalb setzt sich das Bundesumweltministerium verstärkt für die Markteinführung dieser Technologie ein. Eine entsprechende Initiative wurde auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im vergangenen Jahr gestartet. Fachleute schätzen die Chance als gut ein, dass nach jahrelangem Stillstand nun in absehbarer Zukunft Solarkraftwerke in Spanien, Indien und den USA gebaut werden.

## 7. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

### *Europäische Kommission empfiehlt Grenzwerte für Pestizide*

(Environment Daily, 17.03.03) Die europäische Kommission hat eine große Modernisierung der Richtlinien für Grenzwerte von Pestiziden in Nahrung und Futtermitteln vorgeschlagen. Pestizidhersteller haben den Plan auf breiter Ebene begrüßt. Behörden sagten, dass damit seit langem bestehende Hindernisse aufgrund unterschiedlicher nationaler Grenzwerte für den innergemeinschaftlichen Handel beseitigt würden. Mehr auf englisch:

#### **EU to harmonise pesticide residue limits**

Under a draft regulation issued on Friday harmonised EU MRLs (maximum residue limits) are to be progressively introduced for thousands of pesticide-crop combinations. It will become illegal for national governments to set their own MRLs.

Pesticide MRLs set a ceiling for individual crop/pesticide combinations and are an important element in regulation of trade in agricultural commodities worldwide. They are set in line with levels expected if good agricultural practice is followed, and must be within separately set safety limits.

The EU's system for setting MRLs is described by the pesticides industry as "cumbersome and complex". Out of a possible total of 160,000 (160 crops times 1,000 pesticides) only 17,000 EU harmonised MRLs have been set, relating to 133 pesticides. For other combinations, member states have their own, often differing, national standards. Experts recommended a simplification of the system over a year ago.

Under the EU regulation the new European food safety authority (Efsa) will be given a lead role in coordinating the development of new MRLs. The European Commission, as risk manager, will make the final decisions. The EU's four existing directives setting MRLs will be repealed.

Over 400 pesticides are to be withdrawn from the EU market from this July, some 386 of which currently have no EU MRLs. For these substances the regulation would introduce MRLs of 0.01 milligrams per kilogram, defined as the limit of detection. Of the 507 active substances expected to remain on the market, 117 already have EU harmonised MRLs. Efsa will be charged with proposing temporary EU MRLs for the other 390, based on existing national MRLs. The Commission points out that this will be a significant task, since it involves screening MRLs in 15 member states for 388 pesticides and 160 crops, giving a theoretical total of over 62,000 MRLs.

### *Europäisches Parlament will Ziele für Biotreibstoff festlegen*

(Environment Daily, 12.03.03) Das Europäische Parlament hat die Entscheidung des Komitees für Energiewirtschaft bekräftigt, in Kürze obligatorische EU-Ziele für den Gebrauch von Biotreibstoff im Straßenverkehr festzulegen. Mehr auf englisch:

#### **MEPs confirm EU biofuels target climbdown**

Voting in plenary session in Strasbourg today, MEPs called instead for tougher monitoring of member state attempts to reach non-binding indicative targets. Nevertheless, farming association Copa-Cogeca applauded the vote as an "extremely important step" in boosting biofuel production. An inter-institutional agreement on

the measure is expected to materialise relatively quickly.

### ***F + GB: Emissionsabnahme um über 50 Prozent bis zum Jahr 2050***

(Klimakompakt, 05.03.03) Beinahe zeitgleich haben sich Ende Februar 2003 höchstrangige Regierungsvertreter in Frankreich und in Großbritannien zu nationalen klimapolitischen Langfristzielen geäußert. Vor der Vollversammlung des UN-Klimabeirats IPCC in Paris trug der französische Premierminister Raffarin am 19. Februar (und am Folgetag nochmals die Umweltministerin Bachelot) vor, dass es nötig sei, bis zum Jahr 2050 die Emissionen global zu halbieren und dass dieses für die Industrieländer eine Reduktion um 75 - 80 % bedeuten würde. Tony Blair formulierte für das Vereinigte Königreich das Ziel einer Reduktion um 60 Prozent bis 2050.

Der Premierminister sagte in seiner Rede: „Wenn wir neue Technologien einsetzen, gibt es mehr und mehr Anhaltspunkte dafür, dass wir ein 60 %-Ziel realisieren können, und das zu vernünftigen Kosten. Natürlich macht es wenig Sinn, wenn Großbritannien allein handelt. Wir benötigen eine konzertierte internationale Anstrengung.

Als einen ersten Schritt arbeiten wir intensiv mit unseren europäischen Partnern, um ein 60%-Ziel für die EU als Ganzes zu verabschieden.(...) Ich möchte heute klar sagen, dass wir für Großbritannien das Ziel der Royal Commission einer Emissionsreduktion um 60 % bis 2050 übernehmen. Und ich fühle mich verpflichtet, uns für die nächsten Jahre auf den Weg hin zu diesem Ziel zu bringen. (...)" Weitere Auszüge aus der Rede von Tony Blair:

<http://www.germanwatch.org/kliko/k25f+uk.htm>

### ***Fi: Erneuter Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Finnland***

(Environment Daily, 14.03.03) Die CO<sub>2</sub>-Emissionen Finnlands sind im Jahr 2002 um 17% über das Stabilisierungsziel des Niveaus von 1990 gestiegen. Statistiker geben als Grund dafür den geringen Niederschlag an, der einen Rückgang der Energieerzeugung aus Wasserkraft zur Folge hatte. Dementsprechend wurde mehr Energie aus der Verbrennung von Kohle benötigt. Mehr auf englisch:

#### **Finland's CO<sub>2</sub> emissions rise again in 2002**

Officials said the rise did not necessarily reflect an established trend in emissions, given the influence of year-on-year changes in rainfall. However, Finland's nuclear power industry is reported to be drawing satisfaction from the figures, which bolster its case for increasing nuclear generation capacity.

The Finnish parliament backed in principle the idea of a fifth nuclear power station last May. Power firm TVO launched a tender to build a plant of up to 1,600 megawatts capacity in the autumn.

### ***Nl: Niederlande verabschieden 18 Projekte zur Reduzierung von Emissionen***

(Environment Daily, 13.03.03) Das niederländische Umweltministerium kündigte die Verabschiedung von 18 Projekten an, die der Reduzierung von Emissionen zugunsten des Treibhauseffekts dienen. Mehr auf englisch:

#### **Netherlands announces CDM gas cut projects**

The development gives the Netherlands a world lead in implementing the CDM, under which industrialised countries can claim emission credits towards their Kyoto protocol commitments if they fund projects in developing countries. Formal approval from the UN's CDM executive board is still required.

The Dutch government has already made clear that it will seek to achieve half of its committed greenhouse gas emission reductions by 2008-12 through the Kyoto protocol's flexible mechanisms. Nearly two-thirds of this - 62m out of 100m tonnes - is to be delivered through the CDM.

The 18 projects announced today should cut emissions by 16m tonnes. They mainly focus on renewable energy, including hydroelectric, geothermal and wind power initiatives. A Ugandan hydroelectric power project that had been contested by environmental groups has not been included. The government is aiming to achieve the planned balance of 46m tonnes of greenhouse gas reductions in developing countries through memorandums of understanding with various governments and through contracts with financial institution.

**USA: Kritik an Bush's Energiepolitik**

(Environmental News Network, 06.02.03) Die Energiepolitik des amerikanischen Präsidenten Bush läuft ins Leere, weil sie nicht die Abhängigkeit von ausländischem Öl vermindert, sagte der frühere Gouverneur Howard Dean. Mehr auf englisch:

**Candidate Dean knocks Bush's energy, environment policies**

Dean, one of six declared Democratic presidential candidates, said Americans are indirectly funding terrorism by buying oil from Saudi Arabia, which in turn supports Hamas and other terrorist groups who "teach children to hate Americans, Christians, and Jews."

"That is our money that is funding that, and if we have no oil policy we cannot conduct the war on terrorism the way it ought to be conducted," Dean said in a luncheon speech to about 65 people at the Environmental Grantwriters Association. Dean said Bush's environmental record "is the weakest and the worst of all the things he has done as president."

He said he feels sorry for Environmental Protection Agency Administrator Christine Todd Whitman. He worked with Whitman when she was governor of New Jersey, Dean said, and she truly cares about the environment and clean air. "It must be exceptionally painful for her to have to carry out the policies of this administration, which I can assure you are not being written by the EPA administration," he said. He called on the president to increase conservation and touted the environmental policies he pushed for as governor of Vermont, including requiring the sale of electric vehicles and forcing utilities to get more energy from renewable sources.

**USA: Streit um Treibhausgase aus US-Kraftwerken**

(Rat für nachhaltige Entwicklung, Newsletter, 05.03.03) In den USA ist ein Streit um die Treibhausgasemissionen der US-Kraftwerke entbrannt. Sieben Bundesstaaten haben jetzt die US-Umweltbehörde EPA aufgefordert, Maßnahmen zur Reduktion der Kohlendioxid-Fracht aus Kraftwerken zu ergreifen. Schätzungen gehen davon aus, dass US-Kraftwerke für rund 40 Prozent der Treibhausgase der USA und für zehn Prozent des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich sind.

In einem gemeinsamen Gesetzesantrag fordern mehrere Bundesstaaten, neben den bestehenden Grenzwerten für Luftschadstoffe auch Limits für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Kraftwerken einzuführen. Bislang nimmt die US-Regierung in ihrem "Clear Skies"-Vorschlag aus dem vergangenen Jahr nur die klassischen Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Quecksilber ins Visier. Sie sollen in Absprache mit der Industrie bis 2018 um rund 70 Prozent gesenkt werden. Bei der Reduktion von Treibhausgasen verzichtet die Regierung auf konkrete Limits und setzt ausschließlich auf freiwillige Maßnahmen. Die Initiative "Climate Vision", die Präsident Bush Anfang Februar vorstellte, schlägt vor, dass Kraftwerksbetreiber und Industrie ihre "Treibhausgasintensität" innerhalb der kommenden zehn Jahre um 18 Prozent senken. Kritiker betonen, dass die Treibhausgasintensität - gemessen in Kilogramm Treibhausgase pro Dollar erwirtschaftetes Bruttosozialprodukt - nur scheinbar ein Rückgang bedeutet. Bei wachsender US-Wirtschaft könne dadurch im besten Fall die Zunahme an Treibhausgasen um wenige Prozent gebremst werden. Weitere Informationen:

[http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/2003/05-03\\_05/](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/2003/05-03_05/)

**China boomt bei Treibhausgasen**

(Rat für Nachhaltige Entwicklung, Newsletter, 19.02.03) Chinas wirtschaftliche Aufholjagd könnte negative Folgen für das Weltklima haben. Wird der steigende Energiebedarf weiterhin in erster Linie mit Steinkohle gedeckt, droht der Kohlendioxid-Ausstoß des Riesenreichs in die Höhe zu schnellen. Darauf weisen Experten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) hin.

Weltweit liegt China bei der Energienachfrage bereits auf Platz zwei hinter den USA. Der Primärenergieverbrauch hat sich laut RWI zwischen 1980 und 2002 verdoppelt und wird weiter zunehmen. Im Jahr 2000 wurden in China drei Milliarden Tonnen Kohlendioxid emittiert, bis 2020 könnte der Ausstoß auf 5,5 Milliarden Tonnen steigen. Die chinesische Regierung zeigt sich bei Klimaschutzmaßnahmen bislang recht zögerlich. Zwar nenne der Fünfjahresplan 2001 bis 2005 die Einführung von Umweltabgaben, so das RWI, eine Steuer, die den Kohlepreis jährlich um 2,5 Prozent erhöht, würde die Kohlendioxid-Emissionen Chinas bis 2020 aber gerade mal um vier Prozent reduzieren. Eine Förderung des Transfers moderner Energietechnik

biete der so genannte "Clean Development Mechanism" (CDM).

Bei CDM-Projekten können Industriestaaten ihre eingegangenen Klimaschutz-Verpflichtungen nicht nur durch Emissionsreduktion im eigenen Land umsetzen, sondern auch, indem sie Minderungsmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern finanzieren. Weitere Informationen unter: [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/2003/19-02\\_04/](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/2003/19-02_04/)

## 8. BUCHBESPRECHUNG: „DIE STANDORTLÜGE - ABRECHNUNG MIT EINEM MYTHOS“

Christoph Gauer, Jürgen Scriba: „Die Standortlüge - Abrechnung mit einem Mythos“, Fischer Taschenbuchverlag, 1998.

### **Kommentar**

Eine überfällige Kritik der gebetsmühlenartig wiederholten Phrasen der Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Dabei läuft offenbar nicht nur der deutsche Michel beim Stammtisch in der Eckkneipe des Öfteren in die Irre, sondern durchaus auch honorige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

Das muss nicht weiter verwundern, denn unser volkswirtschaftliches System weist eine so große Komplexität auf, dass wir mit unserer abendländischen, aristotelisch geprägten Linear-Logik bei unseren Schlussfolgerungen nicht unbedingt das Gesamtsystem optimieren.

Gravierend finde ich allerdings, wenn Prominente mit pseudo-objektiven Kenngrößen hantieren, die sie nicht verstanden haben, und daraus falsche Aussagen ableiten.

Ist es etwa wirklich schlimm, wenn Deutschland bei den Direktinvestitionen nicht mehr an der Weltspitze liegt? Folge-Investitionen, reinvestierte Gewinne und konzerninterne Kredite zählen nicht zu dieser Größe - und in Deutschland sind schon alle wichtigen Konzerne vertreten. Ohne dies zu berücksichtigen, machen Vergleiche überhaupt keinen Sinn.

Ist Deutschland wirklich nicht mehr wettbewerbsfähig? Oder zeigt nicht der globale Handel, wie konkurrenzfähig eine Volkswirtschaft ist? Offenbar lassen sich deutsche Produkte auf dem Weltmarkt nicht so schlecht verkaufen: Deutschland hat einen enormen Export-Überschuss und hat mit 1,4% der Weltbevölkerung einen Weltmarkt-Anteil von 10%.

Und sind hohe Auslands-Investitionen deutscher Firmen wirklich ein Alarmsignal? Stellen Sie sich mal vor, was passiert, wenn Deutschland mit seinem Export-Überschuss keinen Kapitalexport betreiben würde...

Geht uns wirklich die Arbeit aus? Auch wenn die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, ist die absolute Zahl der Erwerbstätigen abgesehen von Konjunkturzyklen ziemlich konstant geblieben. Zugenommen haben jedoch die Arbeitssuchenden aufgrund von demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen (Erwerbstätigkeit von Frauen!), so dass von Job-Schwund so nicht die Rede sein kann.

Sind die oft zitierten USA, Großbritannien und NL wirklich Vorbilder für Deutschland in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen? Oder werden da Äpfel mit Birnen verglichen? Arbeitslosigkeit wird je nach Land mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen. Berechnet man Quoten einheitlich, sind die Unterschiede nicht mehr groß. In Großbritannien sind dann die Arbeitslosenzahlen sogar schlechter als in Westdeutschland.

Zudem sind die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: In Amerika unsichere Arbeitsplätze ("Hire & Fire"), einfachste Tätigkeiten ("McJobs") sowie weniger Breitenwohlstand (Durchschnitts-Amerikaner hat real vom Wirtschaftswachstum der letzten 25 Jahre nicht profitiert + Anteil Bürger unterhalb Armutsgrenze seit 20 J. bei 14%). In Holland gibt es eine ausufernde Berufsunfähigkeitsversicherung, die Teile der Entwicklung auffängt.

Zerstört die Globalisierung wirklich unseren Wohlstand? Im Welthandel sichert die Auslagerung unrentabler Fertigungsschritte Arbeitsplätze in Hochlohnländern und erhöht per Saldo die Kaufkraft beider Handelspart-

ner. Anspruchsvolle Wirtschaftszweige benötigen eine kritische Masse an Know-how und können nicht beliebig jeden Wertschöpfungsschritt in Niedriglohnländer verlagern.

Nun heißt dies alles nicht, dass bei uns alles in Butter wäre. Aber wie die Autoren in schöner Analogie zu einem Flugzeugabsturz aus dem Jahre 1989 fragen: "Welches Triebwerk brennt?" Fatal wäre es, wie die Boing-Piloten das funktionierende Triebwerk auch noch lahm zu legen.

Entscheidend für einen erfolgreichen Standort sind nach Auffassung der Autoren:

- Fortschritte in der Produktivität als Voraussetzung für eine prosperierende Mittelschicht.  
Nur durch Rationalisierung kann sich eine breite Schicht hochwertige Güter leisten. Produktivität und Reallohn-Entwicklung entwickelten sich bislang parallel. Noch ein Beispiel einer irreführenden Kenngröße: Lohnkosten sind nicht das Maß aller Dinge - was interessiert ist ein kostenoptimierter Ablauf der Produktion. Lohnverzicht ist keine Alternative zur Produktivitätssteigerung. Das BIP pro Kopf hat sich in Westdeutschland von 1980-1996 signifikant besser entwickelt als in den USA. Im übrigen ist bei Produktivitätsvergleichen einzelner Branchen oder Firmen aufzupassen: In Amerika ist die Verwaltung oft outgesourct...
- Positive Rahmenbedingungen für Investitionen statt kurzfristiger Orientierung am Shareholder Value, da Investitionen Produktivität und Wirtschaftswachstum treiben.  
Reines Renditestreben kann die Innovations- und Risikobereitschaft dämpfen. Zum Beispiel hat sich bei den Flachbildschirmen kein westliches Land getraut in Serie zu gehen.
- Effizient arbeitende Bildungseinrichtungen, Gerichte und Behörden.  
Deutsche Hochschulen gleichen angesichts fehlender Bücher und Seminarangebote fast schon einer Mangelverwaltung. Stellenschlüssel und Etat-Zuweisungen statt Qualitätsincentivierung sind die falschen Steuerungsmechanismen.  
Das Rationalisierungspotential der deutschen Gerichte wird auf einen dreistelligen Milliardenbetrag innerhalb weniger Jahre geschätzt (allein 291 Arbeitsschritte wurden in einer Untersuchung von Klageeingang zur Archivierung gezählt, der reine Transport von Schriftgut benötigt im Laufe eines durchschnittlichen Verfahrens ca. 6 Wochen). Dafür muss jedoch zunächst investiert werden, z.B. in eine moderne EDV.
- Reformen im Gesundheitswesen und der Rentenversicherung.  
Unser Gesundheitswesen braucht eine Fitness-Kur anstelle einer Mager-Kur zur Kostenbekämpfung! Was fehlt ist eine Qualitäts-Steigerung mittels moderner Management-Methoden. 40% der Erstdiagnosen sind falsch, zu viele Operationen finden statt, ohne vorher andere Maßnahmen versucht zu haben, Apparate sind zu zahlreich vorhanden und werden deswegen betriebswirtschaftlich nicht optimal genutzt (bzw. sind auf zu altem Stand). Marktwirtschaft im Gesundheitssystem ist keine Pauschal-Lösung: die USA haben das pro Kopf teuerste Gesundheitswesen der Welt...
- Spielräume der Wirtschaftspolitik nutzen.  
Steuerpolitisch geht es nicht um die absoluten Sätze, sondern den Anteil der Steuern am BIP. Zwischen 24% der BRD und 21% der USA besteht kein eklatanter Unterschied. Allerdings erfüllt das deutsche Steuersystem keines der Kern-Forderungen: 1. Transparent 2. Sozial gerecht 3. Volkswirtschaftlich sinnvoll. In der Geldpolitik lasten die Autoren der deutschen Bundesbank im Spannungsfeld eines stabilen Preisniveaus und einer hohen Beschäftigung innerhalb des magischen Vierecks eine zu rigide Zinspolitik an. Subventionen sind nur für den Aufbau neuer Industrien und Märkte in der Gründungsphase legitim.

Im Einzelnen mag man über Thesen des Buches streiten:

Dass Renditeoptimierung den Fortschritt gefährdet, ist mir eine zu einfache Formel.

Globalisierung ist sicher nicht an sich schlecht, kann jedoch zu Fehlentwicklungen führen und muss nicht zu allerseitigem Vorteil sein, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Als Messgröße für den Wohlstand fungiert nach wie vor das BIP.

Ressourcen-Effizienz als Voraussetzung für langfristigen Erfolg unserer Volkswirtschaft wird ausgeblendet.

Insgesamt stellt das Buch mit seinen unbequemen Standpunkten meines Erachtens jedoch eine Bereicherung



der Standort-Debatte dar. Es ist spannend sowie gut lesbar geschrieben, enthält anschauliche Grafiken und wartet mit einigen Überraschungen auf - Wussten Sie schon, dass in den USA seit der ideologischen Vorherrschaft des Wirtschaftsliberalismus die Schaffung von Arbeit nicht beschleunigt, sondern verlangsamt wurde?

#### **Fazit**

Wirtschafts-literarische Genuss-Lektüre.

#### **Autoren**

Dr. Christoph Gauer: verantwortet innovative Entwicklungsprojekte im Bereich Halbleiter bei Siemens

Dr. Jürgen Scriba: Spiegel-Redakteur

#### **Rückblick**

Lesen Sie auch die Besprechung von „Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative“ unter <http://www.foes-ev.de/news17/8artikel1.html>, „Ökonomie für den Menschen“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsarchiv/oekosteuernews16.html>, „Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsarchiv/oekosteuernews12.html>, „Zukunftsfähiges Deutschland“ unter <http://www.foes-ev.de/news13/6artikel1.html>, „No Logo!“ unter <http://www.foes-ev.de/news14/7artikel1.html> und „Der Klima-Gau – Erdöl, Macht und Politik“ unter <http://www.foes-ev.de/news15/6artikel1.html>.

#### **Zum Verfasser dieses Artikels:**

Andreas Sauter ist seit März 2002 Vorstandsmitglied und Schatzmeister des FÖS. Beruflich ist der Dipl.-Mathematiker und Aktuar DAV als Vorstandsassistent bei der Münchener Rückversicherung tätig.

## **9. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER**

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Informationen. Es überrascht mich, daß ich in der Öffentlichkeit (Medien) von Ihrem Verein noch keine Verlautbarung lesen konnte. Gerade zur jetzigen Zeit wäre doch eine gute Gelegenheit.  
(A.H. München)

## **10. JOBS**

### ***Ein Jahr aktiv für die Umwelt***

(ECO-News - Die grüne Presseagentur, 26.02.03) Wer einen Job sucht guckt immer häufiger ins Internet. Wer einen Job oder Freiwilligendienst speziell im Umweltschutz sucht, wird meist in den gängigen Jobbörsen nicht fündig. Seit einiger Zeit gibt es aber auch für Leute, die einen Job auf einem Ökohof suchen, ein Jahr freiwillig in einem Nationalpark-Infozentrum mitarbeiten wollen, mit einem Ökomobil auf große Tour gehen oder das Abenteuer im Ausland suchen.

Wer sowohl FÖJ, Zivi, Praktikum und auch einen Job sucht, der sollte auf <http://www.oekojobs.de> vorbeisurfen. Hier gibt es neben allgemeinen Informationen zu Bewerbung oder Tätigkeitsfeldern, eine Datenbank, wo nach konkreten Einsatzstellen online gesucht werden kann. Die Datenbank bietet Einsatzstellen in ganz Europa, sie wird ständig von den Einsatzstellen aktualisiert und durch neue Einsatzstellen ergänzt. Das Freiwillige ökologische Jahr gibt es mittlerweile in allen Bundesländern, vergleichbare Programme gibt es noch in Österreich. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es wenige Einsatzstellen, die aber meist von deutschen Trägern besetzt und finanziert werden. Es gibt eine große Vielfalt an unterschiedlichen Einsatzstellen, die von vielen unterschiedlichen Trägern angeboten werden. Einen Überblick über alle Träger und Einsatzstellen bietet die Homepage: <http://www.foej.de>

Baltic Youth Cooperation (B.Y.Co.) ist ein Netzwerk von (Jugend-)Umwelt - Initiativen und - Gruppen rund

um die Ostsee, die Freiwillige untereinander austauschen. B.Y.Co. beruht auf dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD), es wird also sowohl Taschengeld, als auch Unterkunft, Verpflegung und Versicherung geboten. Die Beschreibungen der Einsatzstellen, sowie Infos über Bewerbung gibt es unter: <http://www.BYCo.info>

Natürlich gibt es gerade international viele weitere Angebote und Möglichkeiten. Gerade hier bietet das Internet fast die einzige Möglichkeit an Informationen über die Einsatzstellen heranzukommen. Hier eine Auswahl von Links: <http://www.idealist.org> oder <http://www.avso.org>

Dies ist nur eine kleine Auswahl, weitere Links und auch Hintergrundinformationen gibt es in den Büchern, die die Öko-Job-Börse anbietet. Die Bücher "Unterwegs für die Umwelt - Ökojobs in Europa" (10,- €) sowie das Buch "Jobben für Natur und Umwelt" (15,90 €) sowie ein Faltblatt mit allen Büchern zum Thema, können in der Öko-Job-Börse, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel.: 04531/4512, FAX: 7116, bzw.

<mailto:jup@oekojobs.de> bestellt werden (zuzüglich 3,- € Versandkosten). Auch wer sich erstmal orientieren möchte, hat hier die geeignete Grundlage. Es werden die verschiedenen Möglichkeiten vorgestellt, wie Mensch im Umwelt- und Naturschutz (v.a. im Ausland) aktiv werden kann. Im zweiten Teil des Buches sind konkrete Einsatzstellenbeschreibungen aus ganz Europa zu finden, mit Angaben zum Aufgabenfeld, Bezahlung, Versicherung und Umgebung. Darunter sind Arbeiten im praktischen Naturschutz, auf dem Bauernhof, mit Kindern oder auch Büroarbeit in (Umweltschutz-)Verbänden aufgeführt. Weiterhin sind Infos zu Workcamps enthalten. Sollten dennoch mehr Informationen zu den Einsatzstellen benötigt werden, wird ein umfangreiches Internet-Adressverzeichnis mitgeliefert. Also dann auf zum: "Unterwegs-Sein für die Umwelt"! Das Buch "Unterwegs für die Umwelt - Ökojobs in Europa" ist Träger eines Preises beim Bundes-Umwelt-Wettbewerb.

### ***Ein Jahr freiwillig im Umweltschutz - jetzt bewerben!***

(ECO-News - Die grüne Presseagentur, 21.02.03) In wenigen Wochen enden die Bewerbungsfristen für die meisten Freiwilligendienste im Umweltschutz. Wer also einen der begehrten Plätze abhaben möchte, muss sich jetzt schnell bewerben. Die genauen Bewerbungsfristen sind von Träger zu Träger und Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Weitere Informationen im Internet unter <http://www.oekojobs.de>

## **11. LINKS UND PUBLIKATIONEN**

### ***Unsere Partner der GreenBudgetNews***

Wir stellen die Webseiten unserer Kooperationspartner des europäischen Newsletterprojektes Green BudgetNews (<http://www.eco-tax.info/2newsmit/newsengaktuell/newsengaktuell.html>) vor:

**Clean Air Action Group**, Ungarn:

<http://www.levego.hu>

**The Ecological Council**, Dänemark:

<http://www.ecocouncil.dk>

**ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik**

<http://www.oegut.at>

### ***Das Buch zur Energiekrise: "Ölwechsel – Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellungen für die Zukunft"***

(<http://www.energiekrise.de>) Wenn die Benzinpreise steigen, schäumt kurzfristig Empörung auf. Der Zorn gilt dann dem Staat und den Ölproduzenten. Aber hinter aktuellen Macht- und Wirtschaftsinteressen zeichnet sich am Horizont ein ganz anderes Problem ab: Wir stehen kurz vor dem Höhepunkt des Erdölzeitalters und die nächste Generation wird womöglich das Ende erleben. Colin J. Campbell, Frauke Liesenborghs, Jörg Schindler und Dr. Werner Zittel zeigen die grundlegenden Zusammenhänge und Fakten auf. Die Indizien sind eindeutig und widerlegen die auf jahrhunderte ausgelegten Prognosen der Ölkonzerne. Es gibt keinen

Grund zur Panik, aber es ist höchste Zeit für eine sachliche und konstruktive Auseinandersetzung mit den Fragen der nachhaltigen Einstellung auf die in Zukunft zu erwartenden Umbrüche. Gleichzeitig wird in Szenarien aufgezeigt, wie erneuerbare Energien die fossilen ablösen können.

Innerhalb kurzer Zeit erhielt das Buch "Ölwechsel!" weitere Kritiken:

- Die Salzburger Robert-Jungk-Bibliothek hat Ölwechsel unter die Top-ten der Zukunftsliteratur des Jahres 2002 eingestuft. Siehe im Internet unter <http://www.jungk-bibliothek.at/topten2002.pdf>
- Die Zeitschrift Neue Energie vom Februar 2003 schreibt in einer Rezension: "Ölwechsel! hat das Zeug zum Standardwerk über das Ende der Erdölära und sollte eine Pflichtlektüre für alle sein, die über die Zukunft unserer Energieversorgung ernsthaft nachdenken."
- Der Informationsdienst "punkt.um" widmet dem Buch Ölwechsel! eine Seite unter dem Titel "Buch des Monats, Zeit für einen Ölwechsel"

### ***"Nach uns die Zukunft"***

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur. Über 200 Titel wurden im vergangenen Jahr analysiert und bewertet. Mit den "Top Ten der Zukunftsliteratur" hebt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger und Walter Spielmann bestehende JBZ-Team "zehn wichtigste Neuerscheinungen" des abgelaufenen Jahres besonders hervor, die "aktuelle Zukunftsthemen zum Inhalt haben und insbesondere neue Sichtweisen eröffnen". Aus der Vielzahl anlässlich des Weltklimagipfels von Johannesburg zum Thema Nachhaltigkeit erschienenen Publikationen empfiehlt das JBZ-Team insbesondere den Band "Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie" (Frankfurt/M., Brandes & Apsel) des Ökologen Wolfgang Sachs vom Wuppertal-Institut.

Weitere Informationen zu dem Buch "Nach uns die Zukunft":

<http://www.wupperinst.org/Publikationen/buecher/nach-uns-zukunft.html>

Die ausführlichen Besprechungen der "Top Ten 2002" sind unter

<http://www.jungk-bibliothek.at> zu finden (kostenloser Download).

## **12. VERANSTALTUNGEN**

### ***03.04.2003, Frankfurt am Main: Tagung "Nachhaltigkeit neu denken - Die Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft im Umbruch"***

Anmeldung und Information: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) Christine Grose, Hamburger Allee 45, 60486 Frankfurt am Main, Tel. 069-7076919-0, Fax 069-7076919-11 <mailto:info@isoe.de>, <http://www.nachhaltigkeit-neu-denken.de>, <http://www.isoe.de>

### ***04.04.2003, Essen: Hearing: „Die zukünftige Rolle der Kohle in einer nachhaltigen Energieversorgung“***

Rat für Nachhaltige Entwicklung

<mailto:kohlehearing@nachhaltigkeitsrat.de>

### ***07.04.2003, München: Gelingt uns eine nachhaltige Energiewirtschaft?***

Kräfte bündeln für den Klimaschutz! Unter diesem Motto will das Unternehmen energiewerk die Energiewende mit marktkonformen Mitteln stabilisieren und beschleunigen. energiewerk hat in den knapp 3 Jahren seines Bestehens u.a. eine Fachzeitschrift und das sog. „E-Business“, die Nutzung elektronischer Medien für Marketing und Vertrieb von solaren Anlagen, in den schnell wachsenden, aber immer noch sehr kleinen Markt eingeführt und verfügt über weit reichende Branchen-Kenntnisse.

Ekkehard Pascoe ist Mitgründer der energiewerk AG und Geschäftsführer der Stiftung Energiewerk. Bei beiden Projekten wirkte Axel Berg MdB SPD maßgeblich mit. Ziel ist jeweils die Etablierung der nachhaltigen Energiewirtschaft. Darunter ist das komplexe Zusammenspiel von Erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und Energie-Einsparung mit dem Ziel von Klima- und Ressourcenschutz zu verstehen.

Die Umwelt-Akademie freut sich auf Ihr Kommen und das Gespräch mit Ihnen, Ihre Fragen und Kommentare. Bitte melden Sie sich zu der Veranstaltung im King's Hotel, München an.

Die Umwelt-Akademie e.V., Ina Hönninger, Geschäftsführerin, Münchener Str. 20, 82234 Weßling  
Tel. +49 (0)8153 4751 - Fax +49 (0)8153 4852 <mailto:info@die-umwelt-akademie.de>, <http://www.die-umwelt-akademie.de>

#### **08.04. - 09.04.2003, Hannover: 4. Internationaler Energiekongress**

Am 08. und 09. April 2003 findet in der Hannover Messe der 5. Internationale Energiekongress statt. Informationen zum Kongress erhalten Sie im Internet unter <http://www.energysummit.de>.

#### **11.04.2003, München: Emissionsrechte-Handel und Ökologische Steuerreform: Was tut sich in Europa?**

Schweisfurth Stiftung, Südliches Schloßbrondell 1 in München, Diskussion um 17:00 bis ca. 19:30 Uhr,

- mit Dr. Roland Geres, FutureCamp GmbH, München und

- mit Dr. Anselm Görres, Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), München

„Klimaschutz braucht sowohl Ökosteuern als auch Emissionsrechte-Handel.“, dies vertritt der FÖS auf seinen Internetseiten. Beide Instrumente wirken in die gleiche Richtung, haben aber unterschiedliche Zielgruppen. Während die ökologische Steuerreform sowohl die Industrie als auch private Haushalte miteinbezieht, hat der Emissionsrechte-Handel primär die Industrie im Blick. Das Ziel beider Instrumente ist, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken und damit den im Kyoto-Protokoll zugesagten Beitrag zur Klimaverbesserung zu leisten.

Ende vergangenen Jahres haben sich die EU-Umweltminister auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einem europaweiten Handel mit Treibhausgasen geeinigt. Damit ist die größte Hürde genommen und die Einführung des Emissionshandels auf europäischer Ebene ab 2005 kann nun als sicher gelten. Dr. Geres wird Ihnen erläutern, wie der Emissionsrechte-Handel geplant ist, welche Probleme noch zu lösen sind und welche Vorschläge er hat.

Die Umwelt-Akademie e.V., Ina Hönninger, Geschäftsführerin, Münchener Str. 20, 82234 Weßling

Tel. +49 (0)8153 4751 - Fax +49 (0)8153 4852 <mailto:info@die-umwelt-akademie.de>

#### **12.05. – 13.05.2003, London: The 3rd Annual Emissions Trading Conference**

Nearly a year has passed since the launch of the world's first emissions trading scheme in the UK, and now all eyes are on the EU where the environment ministers have agreed to start the European emissions trading in 2005. Attending the 3rd Annual Emissions Trading Conference, you will find out how the implementation of the EU Emissions Trading Directive will affect international markets; you will gain updates on national and regional climate change policies and discuss opportunities and risks in the global emissions trading markets.

Dr Josef Janssen, managing director of *etsg* Emissions Trading Solutions St. Gallen Ltd. will give a presentation on "Managing risks associated with emissions trading and the Kyoto Mechanisms".

For the latest conference programme please visit <http://www.etsg.ch> or <http://www.euromoneyenergy.com>. Alternatively please phone Euromoney's hotline +44 20 7779 8999 or <mailto:energyevents@euromoneyplc.com>. Please note that as a past delegate to a previous Euromoney Emissions Trading conference you will be entitled to a £150 discount off the full price!

Emissions Trading Solutions St. Gallen AG, PO Box 513, CH-9001 St. Gallen, Switzerland

Phone +41-71-222 4484 Fax +41-71-222 4485, <http://www.etsg.ch>

#### **14. Mai 2003 (ab 19.00 oder 20.00 Uhr) München, Hans-Peter Dürr und Jürgen Trittin**

Ausgehend von unserem Buch "Ölwechsel!" werden sich Hans-Peter Dürr und Jürgen Trittin über u.a. die Frage unterhalten, inwieweit die gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter Ansprechpartner und Gestalter von für die Zukunft relevanten Herausforderungen und Problemstellungen sein können. Die Moderation wird Hermann Sottong übernehmen. Ein großes Problem ist noch die Räumlichkeit. Daran wird gearbeitet und rechtzeitig informiert.

### ***05.06.-07.06.2003, Sydney/Australia: The Fourth Annual Global Conference On Environmental Taxation Issues, Experience And Potential***

The Department of Business Law and the Centre for Environmental Law, of the Division of Law, Macquarie University are delighted to host the Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation in Sydney, Australia.

This annual conference provides an international, interdisciplinary forum for the exchange of ideas, information and research on environmental taxation issues.

Persons wishing to present papers or to participate in the conference are invited to register. Information about the conference program, and registration details are available at:

<http://www.law.mq.edu.au/eti>

#### **Deadlines:**

Abstracts:	29 November 2002
Final Papers:	14 March 2003
Conference Registration:	9 May 2003
Early Conference Registration Discount Rate:	28 March 2003
Hotel Reservation (special rates):	4 April 2003

For More Information ... please contact:

Mr Hope Ashiabor, Macquarie University, Division of Law, Sydney, NSW 2109, AUSTRALIA

Telephone: +(61)-2-9850 8457, Facsimile: +(61)-2-9850 9952, <mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au>

### ***11.09.03 von 10.00 bis 17.00 Uhr, Berlin, Umweltbundesamt: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft***

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“. Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim

Tel. 07272/3648 Fax 07272/76612

<mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>

<http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

## **13. FÖS: IN EIGENER SACHE**

### ***Neue Kontonummer und Bankleitzahl***

Da die Ökobank-Geschäfte auf die GLS Gemeinschaftsbank eG übertragen werden, hat der FÖS ab dem 29. März 2003 eine neue Kontonummer und Bankleitzahl. **BITTE BEACHTEN SIE DIES BEI IHRER ÜBERWEISUNG!**

Name der Bank: GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Neue Kontonummer: 8043713000

Neue Bankleitzahl: 43060967

### ***Mitgliedsbeiträge***

Wir möchten alle Mitglieder darauf hinweisen, dass zum 31. März 2003 die Zahlung der Beiträge fällig wird. Bitte überweisen Sie ihre Mitgliedsbeiträge, da wir als gemeinnütziger Verein darauf angewiesen sind.

### ***Haben Sie eine neue Adresse oder Email?***

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Forschen nach korrekten email-Adressen oder Postanschriften, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!



***Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?***

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>.

***Wie kann der Newsletter noch besser werden?***

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-Hinweise oder Links, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).